

Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses am 12.12.2023

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	17:20 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Bausewein
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Behandlung von Anfragen	
4.1.	Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Migrationshintergrund Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisie- rung	2261/23
5.	Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates	

- | | | |
|--------|---|----------------|
| 5.1. | Berufung des Wahlleiters und stellvertretenden Wahlleiters der Landeshauptstadt Erfurt für die Kommunalwahl im Jahr 2024
BE: Leiter des Amtes für Datenverarbeitung | 2371/23 |
| 5.2. | Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1592/23 - Anpassung Durchführungsvertrag KER663 - Schaffung von Wohnraum
BE: Leiterin des Rechtsamtes | 2545/23 |
| 5.3. | Hinweisgeberschutzgesetz umsetzen!
BE: Vertreter der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mehrwertstadt Erfurt, DIE LINKE.
hinzugezogen:
Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister | 2611/23 |
| 5.3.1. | Antrag der Fraktionen DIE LINKE.; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 2611/23 Hinweisgeberschutzgesetz umsetzen! | 2800/23 |
| 5.4. | Erstellung einer Satzung für die Rahmung von Wahlwerbung im öffentlichen Raum
BE: Vertreter der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt
hinzugezogen:
Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport | 2700/23 |
| 5.5. | Geldersatzleistungen für Asylbewerber in Form von Bezahlkarten
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2724/23 |
| 5.6. | Keine Anmietung Erfurter Immobilien zur Unterbringung von Geflüchteten oder Asylbegehrenden
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 2725/23 |
| 6. | Informationen | |
| 6.1. | Mündliche Informationen | |

- 6.2. Vierteljährliche Berichterstattung zur Unterbringung/Beschulung von Geflüchteten aus der Ukraine (Festlegung HAS vom 01.08.2023)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
- 6.3. Sonstige Informationen

I. **Öffentlicher Teil** **Drucksachen-**
Nummer

1. **Eröffnung und Begrüßung**

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, eröffnete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses. Er stellte die form- und fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung waren zehn stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

2. **Änderungen zur Tagesordnung**

1.

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, teilte mit, dass die Verwaltungsdrucksache

Tagesordnungspunkt 5.2. - Drucksache 2545/23

Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1592/23 - Anpassung Durchführungsvertrag KER663 - Schaffung von Wohnraum

vertagt wird.

2.

Der Oberbürgermeister beantragte die Vertagung des Tagesordnungspunktes 5.3., Drucksache 2611/23, „Hinweisgeberschutzgesetz umsetzen!“, einschließlich des eingereichten Änderungsantrages unter Tagesordnungspunkt 5.3.1. (Drucksache 2800/23), weil eine Zuständigkeit des Hauptausschusses in der Sache nicht gegeben ist.

Im Auftrag der einreichenden Fraktionen teilte Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit, dass eine andere Auffassung seitens der Einreicher besteht. Wenn gewollt, könnte eine Formulierungsänderung der Beschlusspunkte noch erfolgen, die einen Empfehlungscharakter beinhaltet.

Der Oberbürgermeister stellte seinen o. g. Antrag zur Abstimmung:
abgelehnt Ja 4 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0.

Somit wurde dem Antrag nicht gefolgt. Der Oberbürgermeister teilte die Aussetzung des Beschlusses mit. Eine Behandlung der Drucksache erfolgt nicht.

3.

Weiter beantragte der Oberbürgermeister die Vertagung nachfolgender Tagesordnungspunkte, weil eine Zuständigkeit des Stadtrates/Ausschusses in der Sache nicht gegeben ist. Er stellte dies zur Abstimmung:

- Tagesordnungspunkt 5.5. - Drucksache 2724/23

Geldersatzleistungen für Asylbewerber in Form von Bezahlkarten

BE: Vertreter der Fraktion AfD

bestätigt Ja 5 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

- Tagesordnungspunkt 5.6. - Drucksache 2725/23

Keine Anmietung Erfurter Immobilien zur Unterbringung von Geflüchteten oder Asylbegehrenden

BE: Vertreter der Fraktion AfD

bestätigt Ja 9 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor. Der Oberbürgermeister stellte die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung:

bestätigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0.

3. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen keine vor.

4. Behandlung von Anfragen

- 4.1. **Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Migrationshintergrund** **2261/23**
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Der Fragesteller, Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, bedankte sich für die ausführliche Beantwortung. Aus der Praxis heraus müssten noch Rahmenbedingungen und auch Einstellungskriterien geändert werden.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, informierte u. a. über die in Gang gesetzte Entscheidung der Bundesregierung, die durch das Jobcenter in Vorbereitung befindliche Pressekonferenz sowie die vorliegende Beantwortung des Personal- und Organisationsamtes zur Drucksache 2261/23. Sie versprach die Presseinformation an die Fraktionsgeschäftsstellen weiterzuleiten.

Drucksache 2840/23	<p>Bezugnehmend auf die Beantwortung zur Drucksache 2261/23, Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Migrationshintergrund, verwies die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit auf die noch durchzuführenden Prüfverfahren und Gespräche mit dem Personalrat. Deshalb sei u. a. noch keine abschließende Beantwortung, in welchen Größenordnungen die Übernahme in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis möglich sei, derzeit nicht möglich.</p> <p>Der Fragesteller bat um Nachreichung der Prüfungs-/Gesprächsergebnisse. Dagegen erfolgte kein Widerspruch. T.: 06.02.2024 V.: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister</p>
-------------------------------	--

Da in der letzten Woche im Beirat des Jobcenters Erfurt eine ausführliche Beantwortung zu den auch hier gestellten Fragen erfolgte, bat Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, sich mit dem anwesenden CDU-Fraktionskollegen zwecks Kommunikationsaustausch in Verbindung zu setzen.

Auf die Frage von Herrn Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, zum fehlenden Verwaltungsabschluss und die praktischen Auswirkungen, gingen Frau Hofmann-Domke sowie Herr Bärwolff, Beigeordneter für Bau und Verkehr, ein.

zur Kenntnis genommen

5. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 5.1. Berufung des Wahlleiters und stellvertretenden Wahlleiters der Landeshauptstadt Erfurt für die Kommunalwahl im Jahr 2024 2371/23**
BE: Leiter des Amtes für Datenverarbeitung

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, rief die Drucksache zur Beratung auf und stellte keinen Diskussionsbedarf fest. Daraufhin bat er um das Votum zur Drucksache 2371/23:

bestätigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 5.2. Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1592/23 - 2545/23
Anpassung Durchführungsvertrag KER663 - Schaffung von
Wohnraum
BE: Leiterin des Rechtsamtes

siehe Tagesordnungspunkt 2., Änderungen zur Tagesordnung

vertagt

- 5.3. Hinweisgeberschutzgesetz umsetzen! 2611/23
BE: Vertreter der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Mehrwertstadt Erfurt, DIE LINKE.
hinzugezogen:
Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister

siehe Tagesordnungspunkt 2., Änderungen zur Tagesordnung

vertagt Ja 4 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0

- 5.3.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE.; BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- 2800/23
NEN; Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 2611/23 Hin-
weisgeberschutzgesetz umsetzen!

siehe Tagesordnungspunkt 2., Änderungen zur Tagesordnung

vertagt

- 5.4. Erstellung einer Satzung für die Rahmung von Wahlwer- 2700/23
bung im öffentlichen Raum
BE: Vertreter der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt
hinzugezogen:
Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für die Idee, aber dies wäre aus ihrer Sicht nicht überzeugend genug. Die Realität sehe anders aus und es gebe bereits ein gutes Verfahren, so sie weiter.

Da keine weiteren Redebeiträge erfolgten, stellte der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, die vorliegende Drucksache 2700/23 zur Abstimmung:

abgelehnt Ja 1 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0

- 5.5. Geldersatzleistungen für Asylbewerber in Form von Bezahlkarten 2724/23**
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

siehe Tagesordnung, 2. Änderungen zur Tagesordnung

vertagt Ja 5 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

- 5.6. Keine Anmietung Erfurter Immobilien zur Unterbringung von Geflüchteten oder Asylbegehrenden 2725/23**
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

siehe Tagesordnung, 2. Änderungen zur Tagesordnung

vertagt Ja 6 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

6. Informationen

6.1. Mündliche Informationen

Mündliche Informationen nach § 13 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse lagen nicht vor.

**6.2. Vierteljährliche Berichterstattung zur Unterbringung/Beschulung von Geflüchteten aus der Ukraine (Festlegung HAS vom 01.08.2023)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit**

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, informierte über das gemäßigte Ankunfts geschehen Geflüchteter aus der Ukraine einschließlich Nachzüge. Sie schlug vor, diese vierteljährliche Berichterstattung in die halbjährliche Berichterstattung, Drucksache 2678/23, Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung HAS vom 14.11.2023 - TOP 6.1. Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung HAS ... regelmäßige Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (Drucksachen 2045/15, 0005/17, 0015/19), einfließen zu lassen.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

zur Kenntnis genommen

6.3. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen keine vor.

gez. A. Bausewein
Oberbürgermeister

gez. Hofmann-Domke
Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

gez. Sauer
Schriftführerin